



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 12 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 184. Mittags-Ausgabe.

Sechshundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 20. April 1865.

Preußen.

Berlin, 19. April. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht, den nachbenannten Personen, welche sich bei Gelegenheit des dänischen Krieges durch patriotische Handlungen besonders hervorgethan haben, Orden zu verleihen, und zwar:

Das Kreuz der Komture des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern: dem Major a la suite der Armee Heinrich XIII., Brinzen Reuß-Schleiz-Köstritz; den königl. Kronen-Orden dritter Klasse: dem Professor Dr. Rosenberger zu Halle a. S., dem Justizrath a. D. Gerlois zu Berlin, und dem fürstlich waldeckischen Kreisrath und Vorstand der Brunnen-Direction in Pyrmon, Neumann;

den rothen Adler-Orden vierter Klasse: dem Lotterei-Ober-Einnehmer Hausotte zu Berlin, dem Major a. D. Friedrich v. Mayer daselbst, dem Kaufmann und Fabrikbesitzer August Hermann Neumann daselbst, dem Kaufmann und Fabrikbesitzer Daniel Albert Reimann daselbst, dem Apotheker Schöndewe zu Wittenberge und dem Organisten Zimmer zu Dels;

den königl. Kronen-Orden vierter Klasse: dem Sanitätsrath Dr. Langner zu Landau im Kreise Habsburg, dem Kreis-Wundarzt Dr. Seeborn zu Pyrmon, dem Kaufmann Hermann Severin daselbst, dem latbo-lischen Pfarrer Plankensteiner zu Friedrichshagen in Schleswig, dem reformirten Prediger Menfinga daselbst, dem Sanitäts-Rath Dr. Haas zu Teplitz und dem fürstlich schwarzburgischen Sanitäts-Rath und Vade-Argt Dr. Setche daselbst.

[Hoftrauer.] Der königl. Hof legt heute die Trauer auf drei Wochen für Ihre königl. Hoheit die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin an.

Berlin, 19. April. [Se. Majestät der König] empfangen im Beisein des General-Feldmarschalls und des Gouverneurs die Meldungen der Obersten v. Rojynski und v. Seckendorf und der Oberst-Leutenants v. Knappstaedt, v. Stein und v. Borries, so wie des Majors v. Rieff.

Demnach hatten die Ehre des Empfangs, um sich zu verabschieden: der k. k. österreichische General der Cavallerie Fürst Schwarzenberg und später der großherzoglich mecklenburgische Ober-Stallmeister von Brandenstein.

Um 12 Uhr fand der Vortrag des Wirklichen Geheimen Raths Geheimen Cabinets-Raths Mairé statt.

Am Sonnabend überreichte der kaiserlich französische Botschafter beiden königlichen Majestäten das von Sr. Majestät dem Kaiser der Franzosen überlieferte Werk des Lebens Cäsars.

[Ihre Majestät die Königin] reist heut Abend nach Baden-Baden. Die Hofdamen Gräfin Brandenburg und Gräfin Lynar haben die Ehre, Ihre Majestät zu begleiten. Die königliche Familie verabschiedete sich bei Allerhöchstderselben.

[Se. königl. Hoheit der Kronprinz] hatte zu gestern früh den Oberst und Commandeur des 5. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 53, von Treßow, nebst den hier anwesenden Unteroffizieren und Mannschaften gedachten Regiments in Höchstes Palais befohlen. Hier-nach nahm Höchstes derselbe die Meldung des commandirenden Generals 1. Armee-Corps, Generals der Infanterie von Bonin, entgegen und begab sich dann zu Pferde nach dem Palais Sr. Maj. des Königs, um der Feier der Grundsteinlegung auf dem Königsplatz beizuwohnen.

[Ihre königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin] wohnte mit dem Prinzen Wilhelm und der Prinzessin Charlotte königlichen Hoheiten der Feier der Grundsteinlegung ebenfalls bei.

Nach derselben nahmen Ihre königl. Hoheiten an dem Diner bei Ihrer Majestät Theil und erschienen Abends in der Festoper. (St.-A.)

© Berlin, 19. April. [Mittheilungen aus der „Prov.-Corresp.“] Die heute erschienene „Prov.-Corresp.“ bespricht zuerst die Kriegsthaten und ihre Erfolge, und heißt es darin:

„Nicht bloß in Preußen hat das Bewußtsein, daß Schleswig-Holstein um seiner selbst und um Deutschlands willen in dauernder enger Verbindung mit unserm Staate verbleiben muß, mehr und mehr das gesammte Volk ohne Unterschied sonstiger Parteimeinungen erfasst und erfüllt, sondern auch unter den Schleswig-Holsteinern selbst und im übrigen Deutschland lassen sich die gewichtigsten Stimmen täglich entgegner für die Nothwendigkeit des engsten Anschlusses der Herzogthümer an Preußen vernehmen. Schon jetzt ist diese Bewegung der Geister so einmüthig, so kräftig, daß eine Lösung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ohne die Erfüllung jenes Verlangens zur Unmöglichkeit geworden ist. Das preussische Volk weiß und vertraut überdies, daß die Regierung unser Königs, welche die wichtige Aufgabe nicht bloß in der Kriegsführung, sondern auch in den Verhandlungen seit her mit so hoher Thatkraft und zugleich mit so glücklicher Hand geleitet hat, auch jenem berechtigten und volksthümlichen Verlangen volle Befriedigung zu verschaffen fest entschlossen ist.“

Ein zweiter Artikel berichtet über die gestrige Grundsteinlegung, und erwähnt dabei noch einige, von den Zeitungen bisher nicht gebrachten Ansprachen des Königs:

An die Offiziers-Deputationen richtete der König folgende Worte:

„Ich begrüße Sie an Ihrem heutigen Ehrentage, an welchem Sie durch Ihren Heldennuth und durch Ihre Hingebung den alten Ruhm der Armee erneuert, durch Ihr Beispiel und durch Ihre Leitung die braven Truppen zum Siege führten, durch welchen Preußen neue Ehre vor Mit- und Nachwelt zu Theil geworden ist. Darum habe ich Sie berufen, um Zeugen eines Alles zu sein, der in aller Zukunft Ihre Thaten verkünden soll.“

An die Ritter des Ordens pour le mérite sagte der König hinzu:

„Sie, die Sie mit dem höchsten militärischen Ehrenzeichen geziert sind, habe ich zunächst an diesen Stein gestellt, der ein Denkmal tragen soll, das Ihren Heldennuth für ewige Zeiten, so Gott will, verdammt wird u. s. w.“

An die deputirten Mannschaften endlich wandte sich der König mit den Worten:

„Ich freue mich, Euch an dem heutigen ehrenvollen Tage wieder-zusehen, um Euch nochmals zu danken für Eure Tapferkeit und Ausdauer im letzten Kriege, die Preußens Namen hochgestellt für jetzt und für immer.“

Eine Notiz über die großen militärischen Beförderungen besagt, daß sie in den höchsten militärischen Commandos noch nicht bekannt gemacht worden sind. Doch erfahren wir, daß die Ernennung des General v. Manteuffel zum Commandirenden des 4. Armee-Corps sehr wahrscheinlich ist, daß er aber diese Stelle erst in einiger Zeit antreten wird. Zu seinem Nachfolger als Chef des Militär-Cabinetts ist wohl der Oberst v. Treßow, bisheriger Chef des Kaiser-Alexander-Regts., bestimmt, denn die Beförderungslisten melden, daß er von dieser Stelle entbunden, und den dienstleistenden Adjutanten des Königs zugeführt worden ist. Die Vorlage in Betreff der Kriegskosten wird dem Landtage noch nicht, wie erwartet war, morgen zugehen, auch nicht in Form eines Blaubuchs, sondern als eine Denkschrift, welche über den

ganzen Lauf der diplomatischen Verhandlungen Aufschluß geben wird, und heißt es in dieser Beziehung:

„Die Vorlage in Betreff der Kriegskosten, welche dem Landtage etwa im Laufe der nächsten Woche zugehen dürfte, wird außer den finanziellen und technischen Darlegungen von einer Denkschrift über den politischen Verlauf der schleswig-holsteinischen Angelegenheit begleitet sein.“

[Die Besetzung im Militär-Cabinet.] Wie bereits telegr. berichtet, schreibt die „Zeidl. Corr.“: Aus der Liste der Avancements erhellt man, daß über die Besetzung der höchsten Commandos noch keine definitive Bestimmung getroffen worden ist. Doch werden die betreffenden Beschlüsse nicht mehr lange auf sich warten lassen und die Ergebnisse demnachst an die Öffentlichkeit gelangen. Unter den Personal-Veränderungen in der Armee dürfte diejenige eine besondere Beachtung verdienen, wonach der bisherige Commandeur des Kaiser Alexander Grenadier-Regiments, v. Treßow, welcher zugleich Flügel-Adjutant Sr. Maj. des Königs war, seines Postens als Regiments-Commandeur entbunden und zum diensttuenden Flügel-Adjutanten befördert worden ist. Man dürfte nicht fehlgreifen, wenn man in diesem Herrn diejenige Persönlichkeit erblickt, welche von Sr. Maj. dem Könige für die so eben vacant werdende Stellung im Militär-Cabinet auszuwählen ist. General-Lieutenant v. Manteuffel wird zur Abwech-selung der außerordentlich umfangreichen Geschäfte, welche unter seiner Dienstleistung begonnen worden sind, noch einige Zeit in Berlin verweilen, bevor er auf seinen neuen Posten in der Provinz abgeht.

[Die Mitglieder des Staatsministeriums] traten heute Mittag 12 Uhr im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in einer vertraulichen Sitzung zusammen.

[Der Erbprinz von Augustenburg] hat durch Frn. v. Ablefeld eine Auerbierung hierher gelangen lassen, in welcher er sich im Wesentlichen mit dem preussischen Programm einverstanden erklärt. Die „Zeidl. Corr.“ bemerkt dazu: Dieser Kundgebung kann nur der Werth einer Meinungsäußerung eines politisirenden Privatmannes beigelegt werden, welche für Verhandlungen keine Grundlage bietet.

[Prinz Friedrich Karl] ist heute Nachmittag 3 Uhr auf der hamburger Bahn mit den Generalen, Stabsoffizieren und den Deputa-tionen, welche den Grundsteinlegungen zu Düppel und Alsen bei-wohnen werden, per Extrazug über Hamburg, Altona nach Kiel ab-gereist.

[Die Arbeits-einstellung], welche seitens der hiesigen Schneider-gesellen in Aussicht gestellt war, scheint einstweilen einen anderen Ver-lauf zu nehmen. Die genannten Gesellen haben gestern Nachmittag im Schneider'schen Locale auf dem sogenannten Pfefferberg eine Ver-sammlung abgehalten; indeffen ist dieselbe ohne alles Resultat ver-laufen, da unter den Gesellen selbst keine Einigung über die den Meistern gegenüberzustellenden Forderungen erzielt werden konnte. Unter diesen Umständen haben denn die Gesellen ihre Arbeit heute ruhig wieder aufgenommen, nur in der Werkstatt von Landsberger soll die Requisition polizeilicher Hilfe nothwendig geworden sein.

— Berlin, 19. April. [Bolenprozeß.] In der heutigen Sitzung wurden die Plaidoyers fortgesetzt. Der Ober-Staatsanwalt Ablung beantragte gegen den Gutsbesitzer Wladislaus v. Jaroszewski auf Janowo zwei Jahre Zuchthaus. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Lewal, wendete sich ebenfalls noch einmal gegen die allgemeinen Ausfüh-rungen des Ober-Staatsanwalts. Er warf demselben hauptsächlich Incon-sistenz hinsichtlich der Ausführungen über die Strafbarkeit der Angeklagten, sowie auch über die Stellung seiner Strafanträge vor, indem er darauf hin-wies, daß der Ober-Staatsanwalt gegen das frühere Erkenntnis zuerst die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt, dieselbe aber demnach wieder zurückgezogen habe. Der Ober-Staatsanwalt gab dies als richtig zu, bemerkte jedoch, daß die Zurückziehung der Nichtigkeitsbeschwerde erfolgt sei, weil der einzige Begriff, um den es sich bei der Nichtigkeitsbeschwerde handelte, der Begriff der Unmittelbarkeit, nicht rechtlicher, sondern thatsächlicher Natur sei. Den Vorwurf der Inconsequenz wies er zurück, da eine solche nicht vorhanden sei, wenn die Staatsanwaltschaft sich einem organischen Erkenntnis des Ge-richtshofes accommodirt. Ueber das Vorhandensein mildernder Umstände sei die Staatsanwaltschaft in dem früheren Prozeß gar nicht geboht. Rechts-anwalt Lewal: Die Differenz zwischen der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung bestehe darin, daß die Verteidigung stets bemäht gewesen sei, den Prozeß auf die Höhe zu erheben, auf welche er gehöre, nämlich auf die Höhe des großen politischen Prozeßes, während die Staatsanwaltschaft aus demselben nur einen gewöhnlichen Criminalprozeß machen wolle. Der Ge-richtshof sei der Verteidigung beigetreten, das sei im Erkenntnis ausge-sprochen, und darauf deutete auch die Annahme mildernder Umstände hin.

Gegen den Angell. Wladislaus v. Bronikowski auf Kuschten, der als Cavallerie-Offizier unter Jaroszewski thätig gewesen, beantragte der Ober-Staatsanwalt gleichfalls 2 Jahre Zuchthaus. Der Verteidiger dieses Ange-klagten, Rechts-Anwalt Holtz, erklärte, daß er den Vorwurf der Incon-sequenz nicht noch weiter erörtern wolle, weil er der Ueberzeugung sei, daß der Gerichtshof in diese Inconsequenz nicht verfallen werde. Er wäge es nicht, das frühere Erkenntnis zu kritisiren und beiprede auch nicht die Frage wegen Annahme mildernder Umstände, weil er der Achtung, die er dem Ge-richtshofe schuldig sei, nicht zu nahe treten wolle. Gegen den Partikulier Wladislaus v. Jaroszewski auf Lomewice beantragte der Ober-Staats-anwalt zwei Jahre Zuchthaus; gegen den Landwirth Wladislaus v. Op-pen aus Posen die Freisprechung.

Gegen den Prospekt Simon Radecki aus Gostyn lautete der Antrag des Staats-Anwalts Mittelst auf drei Jahre Zuchthaus. Der Staats-Anwalt bemerkte hierbei, daß er bei Besprechung der Frage über das Vor-handensein mildernder Umstände die Achtung vor dem Gerichtshofe nicht zu verlegen glaube. Der Gerichtshof müsse die Frage gegenwärtig noch einmal in Erwägung ziehen, da die Umstände, aus denen er im ersten Erkenntnis Widerungsgründe hergeleitet habe, völlig concreter und individueller Natur gewesen seien.

A. A. Janedki hob hervor, daß der Gerichtshof keine Inconsequenz be-gehe, wenn er von seinem früheren Erkenntnis abweiche, da die Verteidigung in der Lage zu sein hoffe, den Nachweis zu führen, daß das Unter-nehmen nicht gegen Preußen gerichtet gewesen sei. Er versuchte demnach nach-zuweisen, daß aus den vorliegenden Proclamationen preussensindische Absich-ten nicht zu folgern seien, und daß Mikroslawski nicht von der National-Regierung zum Dictator ernannt worden sei, diese Macht sich vielmehr höchst wahrscheinlich eigenmächtig selbst angeeignet habe. Auch die Proclamation Mikroslawski's bewies das Gegentheil von der Behauptung der Anklage, denn sie spreche von der Vertreibung der Barbaren, und unter diesen Begriff würden Preußen und Oesterreich sich schwerlich subsummiren lassen. Das Verfabren der Staatsanwaltschaft mache den Eindruck, als handle es sich um einen Compromiß. Die Staatsanwaltschaft erkläre sich bereit, den § 61 des Str.-G.-B. fallen zu lassen, und verlange dafür, daß der Gerichtshof die mildernden Umstände fallen lasse. Ein solcher Compromiß sei unthathaft, sei die Staatsanwaltschaft die Ansicht, daß der § 61 Platz greife, so müsse sie ihre Anträge danach stellen.

Gegen die Rittergutsbesitzer J. v. Lutowski auf Staw, Sigismund v. Jaroszewski auf Jaroszewo, E. v. Swinarski auf Kroszewo und Graf Victor v. Sjolbrski auf Brodowo lautete der Antrag der Staats-anwaltschaft auf je zwei Jahre Zuchthausstrafe; gegen den Gutsbesitzer B. v. Sikorski auf Kroskowo auf Freisprechung.

In Betreff des Angell. Adolph v. Laczynski, der mit den im vorigen Prozeß angeklagten v. Koczorowski und Lurno zum Vorstande des Comité's

der Weissen gehört, hielt der St.-A. Mittelst diesmal die Anklage auf-recht. Seiner längeren Ausführung ist namentlich zu entnehmen, daß er die Hoffnung dieses Comité's auf eine Intervention des Auslandes als ge-fährlich und strafbar betrachte. Er wies dabei auf die gegenwärtigen Pa-riamentverhandlungen in Frankreich und auf das englische Blaubuch hin-sichtlich der Art dieser Intervention hin. Da dieses Comité jedoch ein so-fortiges gewalttames Einschreiten von der Hand gewiesen, so gab er hier die Annahme mildernder Umstände nach, und beantragte zwei Jahre Einschlü-ßung gegen den Angeklagten. Der Verteidiger A. A. Janedki hob na-mentlich hervor, daß die Ansicht der St.-Anwaltschaft von der Strafbarkeit dieses Angeklagten früher eine andere gewesen sei. Koczorowski und Lurno seien auf Antrag der Staatsanwaltschaft damals der Haft entlassen, und der Angeklagte v. Laczynski mit Zustimmung des Ober-St.-A. auf freiem Fuße geblieben. Nächste Sitzung morgen.

Danzig, 18. April. [Marine.] Die Corvette Nymphe, mel-det das „Danz. Dampfboot“, traf heute Morgen 2 Uhr unter Com-mando des Capt.-Lt. Rindeling von Kiel aus auf der Rhede ein, und wird Nachmittags an die königliche Werft legen, wo dieselbe zur Fahrt nach dem Piräeus noch einige Reparaturen erhalten soll. Der Dampf-Boiso Hr. Adler, Commandant Lieutenant z. S. Stenzel, von Bremerhaven kommend, hat heute Vormittag an die königliche Werft gelegt und wird außer Dienst gestellt werden.

Deutschland.

Karlsruhe, 13. April. [Ammann +.] Heute starb hier plötzlich der Ministerialrath Karl Ammann in dem kräftigsten Man-nesalter. Ammann hatte noch erst kürzlich durch die Bearbeitung der badischen Strafprozeßordnung aus dem Gebiete seiner Fachwissenschaft gewirkt und ist auch in weiteren Kreisen als badischer Commis-sar bei den Vorarbeiten für das Handelsgesetzbuch bekannt. (S. M.)

Oesterreich.

Wien, 19. April. [Keine Armee-reduction.] Der „Boisch.“ meldet officiös: „Wie wir vernehmen, gestatten die okwaltenden Ver-hältnisse nicht, die für die kaiserliche Armee in Italien beschlossene Re-duction des Infanterie-Standes in der Ausdehnung, wie es bestimmt war, schon jetzt durchzuführen. Um daher den über die in Aussicht genommenen Ersparnisse sich ergebenden Aufwand auszugleichen, soll das Uebungslager bei Bruck für dieses Jahr gänzlich unterbleiben.“

Wien, 18. April. [Dea's] veröffentlicht Namens seiner Partei ein Zukunftsprogramm. Die Partei will die verfassungsmäßige Selbststän-digkeit des Landes nicht aufgeben, erklärt sich jedoch als Zeit gern be-reit, auf gesetzmäßigem Wege die Landesgesetze Ungarns mit den Ga-rantien eines festen Bestandes der österreichischen Monarchie in Ein-klang zu bringen. (B. B.-Z.)

Frankreich.

Paris, 17. April. [Die Antwort des Kaisers auf die Adresse der Legation.] Der Kaiser empfing gestern um 2 Uhr Nachmittags in der Tuilerien die Adresse-Deputation des gesetzgebenden Körpers. Zu den zwanzig Mitgliedern derselben hatten sich noch mehr denn sechzig Abgeordnete aus freiem Antriebe gestellt. Nachdem Vice-Präsident Schneider die Adresse, wie sie am 15. vom gesetzgebenden Körper angenommen worden, vorgelesen, ertheilte der Kaiser folgende (von uns bereits telegr. kurz mitgetheilte) Antwort:

Herr Präsident! Indem ich die Adresse entgegennehme, ist mein erster Gedanke ein Dank an den gesetzgebenden Körper für seine Mitwirkung, und ein Glückwunsch für mich, daß ich mein Verfahren wie meine Absichten in so loyaler Weise von den Abgeordneten des Landes verstanden und mit Nach-druck unterstützt sehe. Sie verteidigen alljährlich mit Festigkeit unsere Grund-gesetze, welche ein gerechtes Gleichgewicht zwischen den Staatsgewalten aufrecht erhalten. Das Land weiß es Ihnen dank. Unter dem gegenwärtigen Re-giment entfaltet sich sein Leben; es sieht seine administrativen Schranken fallen, den Fortschritt auf sicherer Bahn, die Sicherheit verbürgt. An der Wählbe-wegung, wie an dem Schalle der Tribune und der Presse, fühlt es wohl, daß es frei ist. Indes weit entfernt, den Baum, der gute Früchte bringt, fallen zu lassen, fürchten die Massen, welche arbeiten, die Klassen, welche besitzen, sowie diejenigen, welche denken und lehren, mehr noch die Mißbräuche der Frei-heit, als die Mißbräuche der Gewalt. Fahren Sie daher mit Ruhe in Ihren Arbeiten fort. Nachdem Sie die hohen Sphären der Theorie durchdrungen, be-schäftigen Sie sich praktisch mit den Gesetzen, die Ihnen vorgelegt wurden. Dieselben haben die moralische und materielle Hebung des Individuums durch Erziehung und Arbeit, wie die der Gemeinde und des Departements durch die Erweiterung ihrer Machtvollkommenheiten im Auge. Ohne unaussprechlich Alles verändern zu wollen, wollen wir uns vielmehr nur damit begnügen, jeden Tag einen neuen Stein zu dem Gebäude hinzutragen. Die Grundlage ist breit, es kann nicht zu hoch sich erheben.

Belgien.

Brüssel, 17. April. [Das Duell des Kriegsministers. — Der König.] Wie ich vernehme, wird unmittelbar nach dem Zusammentritt der Kammer am 25. April eine Interpellation an die Regierung über das Duell zwischen dem Kriegsminister Chazal und dem antwerpener Abgeordneten Delaet, und die dadurch angeregte Rechtsfrage erfolgen. Es unterliegt nämlich keinem Zweifel, daß man die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung des Herrn Delaet und seiner beiden Secundanten bei der Kammer einholen, und daß die Kammer diese Ermächtigung ertheilen werde; was aber die Belangung des Herrn Chazal angeht, so ist die Sache schwieriger, indem das zu-fällige Gericht noch zu ermitteln bleibt. Nach Art. 90 der Verfassung nämlich soll das Gesetz die Jurisdiction bestimmen, vor welche die Mi-nister für etwaige außerordentliche Vergehungen gehören, und dieses Gesetz ist seit 1831 noch nicht geschrieben worden. Die gerichtliche Proceßur gegen ein Mitglied der Regierung ist also noch festzustellen. Daß der ganze Vorgang dem Ministerium schwere Sorgen macht, wie er alle Freude des parlamentarischen Regiments tief betrübt, braucht wohl nicht hinzugefügt zu werden. Der König, mit welchem Herr Delaet wegen der Duellgeschichte sich bereits ins Vernehmen gesetzt ha-ben soll, wird am Mittwoch oder Donnerstag aus Windsor zurück-kehren. (R. Z.)

Großbritannien.

E. C. London, 17. April. [Der Prozeß gegen Peliz-zoni] ist vorgestern Abend nach dreitägigen Verhandlungen zu Ende gegangen. Nach einer Berathung von ungefähr 10 Minuten kehrten die Geschworenen in den gedrängt vollen Gerichtssaal zurück, und kaum hatte der Obmann mit fester Stimme das Nichtschuldig aus-gesprochen, als die Zuschauer auf den Gallerien einen Schrei des Enthusiasmus ausstießen und Hüte und Tücher schwenkten. Einige Minuten lang bemühten sich die Gerichtsdienner vergebens, den Tumult zu stillen. Auch der vorsitzende Richter vermochte sich kaum Gehör zu verschaffen. Der Marquis d'Azeglio, der zugegen war, theilte die allgemeine Freude, drückte sie aber natürlich gemessener aus. Als die Beifallsbruste drinnen endlich verhallt waren, antwortete ihnen ein noch lauterer Echo aus dem Hofe und von der Straße. — Es wurde darauf eine neue Anklage gegen Pelizzoni wegen angeb-

